

An:  
Die SPD Delegation Thüringen  
z.H. Michael Klostermann  
SPD Landesverband Thüringen  
Juri-Gagarin-Ring 158  
99084 Erfurt



Datum: 02.12.2015

## **Offener Brief an die Thüringer Delegation des SPD-Bundesparteitages 2015**

Sehr geehrte SPD-Delegierte des Landes Thüringen,

wir sind ein breites Bündnis aus Organisationen und Parteien in Erfurt und Thüringen, wir sind Bürgerinnen und Bürger, die auf Grund der geplanten Handelsabkommen TTIP, CETA und TISA in starker Sorge um zentrale Errungenschaften unserer Demokratie sind. Wir fürchten, dass diese Abkommen unseren Rechtsstaat durch Sonderklagerechte für Konzerne aushöhlen, Sozial- und Umweltpolitik ausbremsen und die demokratische Gesetzgebung durch einen Rat für regulatorische Kooperation beschädigen. Dies hätte weitreichende Folgen für die repräsentative Demokratie und unsere Gesellschaft.

Durch Sonderklagerechte für Konzerne in Verbindung mit dem Rat für regulatorische Kooperation würde die demokratische Gesetzgebung ausgegliedert und das politische Handlungsfeld des Staates stark beschnitten. Das Handlungsmandat der Volksvertretung und die damit verbundene, politische und repräsentative Willensbildung des Volkes würden dadurch in großen Teilen aus der Hand gegeben.

Liebe Delegierte,

wir hoffen, mit diesem Brief bei Ihnen auf offene Ohren zu stoßen. Erst vor wenigen Wochen hat Sigmar Gabriel angekündigt, die SPD stärker für Nicht-Mitglieder zu öffnen und zu einer Beteiligungspartei auszubauen. Diese Initiative für einen offenen Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern begrüßen wir sehr - und nehmen sie auf.

## **TTIP & CETA ablehnen und den SPD-Parteikonvent bekräftigen!**

Die SPD hat auf ihrem Parteikonvent im September 2014 rote Linien zu TTIP und CETA beschlossen, die klare Anforderungen an die Handelsabkommen definieren. In dem Beschluss werden Investor-Staat-Schiedsverfahren und unklare Rechtsbegriffe wie *“indirekte Enteignung”* oder *“faire und gerechte Behandlung”* beim Investitionsschutz abgelehnt. Die Abkommen dürfen keine Beeinträchtigung von Arbeitnehmerrechten oder Sozial- und Umweltstandards mit sich bringen. Außerdem wird die geplante regulatorische Kooperation zur Umgehung demokratischer Gesetzgebung ebenso abgelehnt wie Negativlisten bei der Dienstleistungsliberalisierung. Wir begrüßen, dass die SPD diese roten Linien als Ausdruck sozialdemokratischer Grundwerte beschlossen hat. Besondere Sorge bereitet uns derzeit das CETA-Abkommen zwischen Kanada und der EU. Das Abkommen ist fertig verhandelt und Sigmar Gabriel muss voraussichtlich im kommenden Jahr im EU-Ministerrat darüber abstimmen. Der CETA-Vertrag enthält nicht den von der EU-Kommission im Zuge der „TTIP-Debatte“ vorgeschlagenen Reformansatz zur Einrichtung einer öffentlichen Gerichtsbarkeit für Investorenklagen gegen Staaten, sondern den „alten“ ISDS-Ansatz. Richtet sich Herr Gabriel nach den roten Linien der SPD, dann muss er das CETA-Abkommen aus mehreren Gründen ablehnen.

- 1. CETA sieht ausdrücklich Investor-Staats-Klagen bei privaten Schiedsgerichten vor. Mit dem Abkommen könnten US-amerikanische Investoren, die in Kanada ein Tochterunternehmen haben, europäische Staaten auf Schadensersatz verklagen. Dies hätte nicht nur zur Folge, dass das politische Feld nicht länger frei gestaltbar wäre, weil man mögliche Klagen bei der Gesetzgebung berücksichtigen müsste, sondern es würde auch eine weitreichende Privatisierung des Justizsystems – einer Schattenjustiz – resultieren.*
- 2. Mit CETA würde außerdem ein Regulierungsrat gegründet, in dem Bürokraten und Konzernlobbyisten überprüfen würden, ob Gesetzesentwürfe dem Abkommen widersprechen - noch vor gewählten Parlamentariern.*
- 3. Durch Negativlisten bei Dienstleistungen ergeben sich durch CETA zudem erhebliche Liberalisierungsverpflichtungen. Damit würden die öffentliche Daseinsfürsorge und die Gestaltungshoheit der Kommunen stark beeinträchtigt. Aufgrund dieser und weiterer Gründe haben der DGB und der kanadische Gewerkschaftsdachverband CLC gemeinsam dazu aufgerufen, CETA nicht zu*

*ratifizieren.*

### **Keine Sonderklagerechte für Konzerne!**

Leider hat sich Sigmar Gabriel bislang nicht unmissverständlich dazu bekannt, CETA in seiner derzeitigen Form im Ministerrat abzulehnen. Im Bundestag warb Gabriel ausführlich für den Vorschlag der EU-Handelsbeauftragten Cecilia Malmström, ein Investitionsgerichts-System (ICS) anstelle von Schiedsgerichten (ISDS) einzurichten. Doch dieser Vorschlag bezieht sich ausdrücklich allein auf TTIP - und nicht auf das fertig verhandelte CETA-Abkommen! Allerdings sind auch Malmströms Handelsgerichte nicht mehr als eine kosmetische Korrektur. Die zentrale Kritik an den Schiedsgerichten trifft auch das Investitionsgerichts-System: Ohne jede Notwendigkeit würden damit Sonderklagerechte für internationale Konzerne geschaffen, die einheimischen Unternehmen nicht offenstehen. Dabei geht es allein um die Durchsetzung von Investorenrechten gegenüber den Vertragsstaaten. Die Investoren erhalten zwar viele Rechte, aber keine korrespondierenden Pflichten. Die Sozialbindung des Eigentums (§12 GG) gilt hier ebensowenig wie internationale Arbeits- und Umweltnormen. Anstatt kosmetischer Korrekturen müssen Sonderklagerechte für Konzerne grundsätzlich ausgeschlossen werden.

Vor diesem Hintergrund wenden wir uns mit diesem Brief an Sie, die Delegierten des Bundesparteitages im Dezember. Dort wird es erneut eine Debatte zu TTIP und CETA geben und es stehen mehrere Anträge zur Abstimmung. Der Parteitag bietet somit eine große Chance, die roten Linien mit einem Parteitagsbeschluss zu bekräftigen und zum Ausdruck zu bringen, dass Abkommen mit Sonderklagerechten für Konzerne - und damit insbesondere CETA – undemokratisch und damit nicht zustimmungsfähig sind.

### **Mehrheit der Bevölkerung lehnt TTIP ab**

Liebe Delegierte, mit einer Bekräftigung der roten Linien durch einen Parteitagsbeschluss hat die SPD eine wachsende Mehrheit der Bevölkerung hinter sich. Einer neuen repräsentativen Umfrage zufolge halten 46 Prozent der deutschen Bevölkerung TTIP für eine schlechte Sache - gegenüber 34 Prozent, die das Handelsabkommen für eine gute Sache halten. Noch deutlicher ist die Ablehnung von Investitions-Schiedsgerichten, die 57 Prozent für eine schlechte Sache halten. Anfang Oktober demonstrierten in Berlin rund

250.000 Menschen gegen TTIP und CETA, darunter viele Sozialdemokraten. Es war die größte politische Demonstration seit dem Irak-Krieg 2003. Viele der Demonstrant/innen haben die Hoffnung, dass die SPD TTIP und CETA ebenso wie TISA stoppen wird. Denn diese Abkommen verstoßen klar gegen sozialdemokratische Grundwerte - so stellte es die Grundwertekommission der SPD im Januar 2015 fest. Und noch wichtiger: Die SPD hat es gleich vierfach in der Hand, die Abkommen zu stoppen: im EU-Ministerrat, im EU-Parlament, im Bundestag und im Bundesrat.

In diesem Sinne hoffen wir darauf, dass Sie sich auf dem Bundesparteitag gegen die Handelsabkommen aussprechen und die roten Linien der SPD unmissverständlich bekräftigen.

Mit freundlichen Grüßen,



Aktive des Bündnisses *Erfurt TTIP-frei*

## Über das Bündnis *Erfurt TTIP-frei*:

Das Bündnis, bestehend aus politischen Organisationen und Parteien aus Thüringen, richtet sich gegen undemokratische Handelsabkommen und hat sich zum Ziel gesetzt, die Stadt Erfurt zur "TTIP-freien" Zone zu erklären. Mit Beschluss des Stadtrates vom 27. Mai 2015 ist Erfurt nun TTIP-freie Zone. Über 1 Jahr lang hat das Bündnis Unterschriften für diesen Beschluss sowie die Europäische Bürgerinitiative gesammelt. Das Bündnis Erfurt "TTIP-frei" besteht aus den Ortsgruppen Attac, BUND, DGB, Mehr Demokratie, Occupy, TransitionTown und VCD sowie Die Piraten, DIE LINKE und Bündnis 90/DIE GRÜNEN.



Ansprechpartner:

Robert Bednarsky

BUND Landesverband Thüringen e.V.

[bund.erfurt@bund.net](mailto:bund.erfurt@bund.net)

Rafael Bürkle

Mehr Demokratie e.V.

[rafael.buerkle@mehr-demokratie.de](mailto:rafael.buerkle@mehr-demokratie.de)